

Gewaltfreie Entscheidungsfindung durch konsequente Inklusion.










Oder:

„Soziokratie - Demokratie, wie sie sein könnte.“ (Kees Boeke, 1948)

von Peter Frenzel

Peter Frenzel, Mag., ist als Wirtschaftspsychologe, klinischer und Gesundheitspsychologe und personenzentrierter Psychotherapeut seit 1987 in freier Praxis tätig. Als Mitbegründer einer Unternehmensberatungsfirma berät er seit 1990 Systeme in Industrie, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung, außerdem ist er als Ausbildungsleiter im Bereich Supervision/Coaching (Mitbegründer der Österr. Gesellschaft für Supervision und Coaching [ÖVS]), Psychotherapieausbildner (APG•IPS) und als Universitätslektor an versch. Hochschulen und Universitäten tätig (versch. einschlägige Publikationen).

Welche Aspekte werden im Rahmen des Inputs behandelt/erwähnt?

-  **Einstiegsthesen**
-  **Die (expliziten und impliziten) Werthaltungen der Soziokratie**
-  **Begriffsklärungen („Politik“ - „Demokratie“ - „Gegnerschaft“ v. „Feindschaft“...)**
-  **Soziokratie ist Politik.
„SKM“ - eine Realisierung „partizipatorischer Demokratie“?!**
-  **„Postpolitik“ und „simulative Demokratie“ - ein Gegenwartsbefund?!
Wie „Demokratiemanagement“ und systematische Tiefenindoktrination
den Weg in die „iliberale Demokratie“ ebnen**
-  **„Selbstorganisation“ - ein Beitrag zur Lösung oder zum Problem?
Die Ausbeutung der Freiheit - Psychopolitik als neoliberale Machttechnik**
-  **„Der Betrieb ist die Schule der Nation.“ Oder:
Warum arbeitsweltliche Demokratie eine Voraussetzung
für eine lebendige Demokratie im Staatswesen ist.**
-  **Die SKM - ein Beitrag zur gesellschaftlichen Fundamentaldemokratisierung
(Förderung dialogischer Einstellungen, Fähigkeiten,...
und zunehmende Ausweitung (halb-)öffentlicher Debattenräume)**
-  **Abschließende Anregungen für Lösungsansätze und ...**

----- Diskussionen, Entgegnungen, Praxistransfer -----

Einige Hauptthesen

Soziokratie ist Politik.

Sie fördert (und fordert) eine spezifische Form der Demokratie, die in unseren spätmodern-kapitalistisch verfassten Rahmenbedingungen in völlig ungenügenden Ansätzen realisiert ist. (Hintergrund dafür sind ungleichwertige Chancen der Interessendurchsetzung und daraus folgende gesamtgesellschaftliche Strukturbedingungen sowie psychische Auswirkungen systematischer Tiefenindoktrination.)

Das ergibt beim Versuch soziokratische Strukturen einzuführen und zu leben

- * (mikro-)politische Konflikte,
- * intrapersonelle(!) Reaktanz
- * und systemische Widerstände auf gesellschaftspolitischer Ebene.

Eine Analyse der impliziten wie expliziten Werte der Soziokratie ergibt als Befund u.a.:

- * die Bemühung um größtmögliche Inklusion der Einzelnen im Rahmen von Entscheidungsprozessen („Jede/r hat einen sicheren Platz.“);
- * das durchgängige Ansinnen die zentralen psychologischen Grundbedürfnisse größtmöglich zu berücksichtigen (Kompetenz, Autonomie, soziale Verbundenheit);
- * eine Orientierung an den Prinzipien eines Modells von Demokratie, nämlich der sog. „Partizipatorischen Demokratiekonzeption“ (Demokratie als Lebensform).

Nur eine radikal verstandene Auffassung von Demokratie (als Lebensform) ergibt den notwendigen Rahmen zur größtmöglichen, ernsthaften Berücksichtigung fundamentaler (psychologischer) Grundbedürfnisse von möglichst allen Beteiligten.

„Demokratie“ als Alltagsbegriff ist mittlerweile inhaltsleer und dient zunehmend (im Interesse von Machteliten) als Surrogat um emanzipatorische Freiheitsbedürfnisse, Bedürfnisse nach Selbstwirksamkeit und Inklusionswünsche der Mehrheit zu stillen.

Um das bewerkstelligen zu können, wird zunehmend Demokratiemanagement entlang verfeinerter „Soft Power Techniken“ betrieben (Stichwort „simulative Demokratie“). Massenmediale Indoktrination bewirkt eine gesellschaftsweite Akzeptanz von „Postpolitik“. Die repräsentative Demokratie wird zum Mittel der Demokratievermeidung.

Die mittlerweile im Mainstream der Managementkonzepte gelandete Forcierung von „Selbstorganisationsansätzen“ kann als weiterer Schritt subtiler „Psychopolitik“ verstanden werden, die der zunehmenden Ausbeutung der Freiheit selbst dient.

Wird der Betrieb (das Unternehmen) als „Schule der Nation“ verstanden, dann können „radikal“ verstandene, soziokratisch verfasste Strukturmodelle, flankiert von anspruchsvollen Maßnahmen bei Implementierung und zur „Pflege“ dieser arbeitsweltlichen Strukturen einen bedeutenden Beitrag - wenn nicht sogar eine unabdingbare Voraussetzung - für die Entwicklung einer lebendigen Demokratie auf staatlicher Ebene forcieren. („Fundamentaldemokratisierung der Gesellschaft“)

Ein derartiges, politisch nicht nur relevantes sondern auch „brisantes“ Vorhaben, muss mit einigen Widerständen auf verschiedenen Ebenen rechnen.

Was die SKM gegenüber anderen, vergleichbaren Modellen zur Organisationsgestaltung auszeichnet, ist die versuchte Umsetzung partizipativer Demokratie. Andere Modelle (wie bspw. Holacracy) konzentrieren sich - mit analogen Effekten wie die repräsentative Demokratie im politischen Kontext - auf Fragen des Procedere.

Soziokratie auf seine Methoden zu reduzieren wäre insofern ein Missverständnis!

Explizite / Implizite Werthaltungen der Soziokratie

- ★ Die menschliche Natur ist grundlegend sozial konstruktiv verfasst, ist vernunftbegabt und auf Kooperation ausgerichtet.
- ★ Weil (soziale) Umweltbedingungen menschliche Potentiale fördern oder hemmen, gilt es diese gemeinsam zu gestalten.
- ★ Die bedeutenden Rahmenbedingungen der gegebenen Lebensteilung werden gemeinsam entschieden. (Prinzip der Gleichwertigkeit als Berücksichtigung von Autonomie als ein zentrales psychologisches Grundbedürfnis.)
- ★ Gemeinsame Ziele bzw. Gemeinschaft ergeben starke Motivkräfte.
(Beachte dazu einige der wichtigsten anthropologischen Axiome der Humanistischen Psychologie:
Das Selbst als Zentrum der Person ist intentional.
Psychisches Geschehen ist daher zielgerichtet und bedeutungsvoll.
Die soziale Eingebundenheit (verstanden als Bedeutung die Andere für Einen haben und(!) die Bedeutung, die man selbst für Andere hat) ist eines der wirkmächtigsten psychologischen Grundbedürfnisse des Menschen.)
- ★ Ein zentraler Grundsatz im Rahmen von Entscheidungsprozessen ist die Bemühung um größtmögliche Inklusion.
- ★ Soziale Probleme können durch Vernunft gelöst werden.
- ★ Emotionen ergeben im Rahmen von Verhandlungsprozessen Hinweise auf bisher übersehene Argumente und/oder Informationen.
- ★ Soziokratisch verfasste Rahmenbedingungen fördern die Aspekte der Persönlichkeitsentwicklung und Mündigkeit, die sie (als erfolgskritische Bedingungen) für ihre Verwirklichung benötigen.
(Empowerment und persönliches Wachstum als explizite Zielsetzungen - beachte dazu die im Rahmen der Humanistischen Psychologie formulierten Aspekte „psychischer Gesundheit“ wie bspw. das idealtypische Konzept der „fully functioning person“ von Carl R. Rogers)
- ★ Größtmögliche Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten bedingt eine Orientierung am Gemeinwohl, eine Orientierung an demokratischen Prinzipien und damit nötigenfalls ein Zurückstellen von Partikularinteressen. (Prinzip der Fairness und Gerechtigkeit)
- ★ „Respekt, Authentizität und Empathie sind eine Folge von gleichwertigen Machtverhältnissen.“
(Strauch/Reijmer 2018, S.181)
(Vgl.: „Notwendige und hinreichende Bedingungen für Persönlichkeitsentwicklung“, (Rogers) 1957)
- ★ Das deklarierte Bemühen Übermacht und Dominanzsysteme aufzubrechen, ergibt eine Nähe zu bestimmten Formen des Anarchismus (größtmögliche Vermeidung der Herrschaft von Menschen über Menschen und Ablehnung jeder Art von Hierarchie, die sich als eine Form der Unterdrückung von Freiheit und personaler Gleichwertigkeit auswirkt).
- ★ Implizit lässt sich in den entwickelten Strukturhilfen/Methoden der SKM eine durchgängige Orientierung an den drei zentralen psychologischen Grundbedürfnissen der Person erkennen:
Autonomie - Kompetenz - soziale Einbindung (Ryan / Deci 2002).
- ★ Die Bemühung um Berücksichtigung personaler Bedürfnisse ergibt die nötige Tragfähigkeit von gemeinsamen, kollektiv bindenden Entscheidungen.
- ★ Interpersonales Vertrauen und Orientierung am Gemeinwohl sind die Stützpfeiler des sozialen Fortschritts.
- ★ Soziokratie kann als genuine Verwirklichung demokratischer Ideale gesehen werden, indem durch Konsent-Entscheidungen und Etablierung von Kreisstrukturen der potentiellen Diktatur der Mehrheit oder der ungleichen Machtverteilung durch interpersonale Kompetenzvorteile vorgebeugt werden kann.
Als Verwirklichung einer „partizipatorischen Demokratie“ ermöglicht sie eine Form der Organisation von Gemeinschaft durch die Gemeinschaft selbst („Gemeinschaftsdemokratie“, Boeke 1945).

Definitionen: Was ist „Demokratie“?

- ▶ Als Demokratie werden heute politische Systeme bezeichnet, bei denen die Regierung durch freie, allgemeine Wahlen aus dem Volk hervorgeht (Volkssouveränität). Aber das allein reicht nicht aus, es muss noch einiges dazukommen: Gleichheit, Gewaltenteilung, Partizipation, Herrschaftskontrolle, Verfassungsmäßigkeit, Schutz der Grundrechte, Achtung der Menschenrechte, Minderheitenschutz, die Akzeptanz einer politischen Opposition, Meinungs- und Pressefreiheit etc. Wenn diese Rechte radikal beschnitten werden, kann von einer Demokratie im eigentlichen Sinn nicht mehr die Rede sein.

KRITERIEN FÜR DEMOKRATIEQUALITÄT (NACH ROBERT DAHL)

- Wahl und Abwahl der AmtsinhaberInnen
 - Regelmäßige faire und freie Wahlen
 - Aktives und passives Wahlrecht für nahezu alle Erwachsene
 - Freie Meinungsäußerung
 - Informationsfreiheit
 - Organisationsfreiheit zur Bildung politischer Parteien und Interessensgruppen
 - Ein „inklusive“ Bürgerschaftsstatus: politische und bürgerliche Rechte sollen für möglichst alle gelten
- Für die Politikwissenschaftler David Beethem und Stuart Meir wäre ein weiteres Kriterium eine
- Starke Zivilgesellschaft

Aus: Schaller, Christian: Demokratie ist nicht gleich Demokratie, in: Dachs, Herbert/Fassmann, Heinz (Hrsg.): Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien. Wien 2002, S. 14–20, S. 14.

VORAUSSETZUNGEN FÜR EIN DEMOKRATISCHES SYSTEM (NACH MANFRED SCHMIDT)

- Ein hohes (markt-)wirtschaftliches und gesellschaftliches Entwicklungsniveau
- Eine offene und vielfältige (pluralistische) Gesellschaft
- Eine breite Streuung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Macht
- Ethnische und/oder religiöse Einheitlichkeit (Homogenität)
- Ein politischer Konsens über die Wichtigkeit von individueller Selbstbestimmung und Freiheit
- Freiheitssichernde Verfassungstraditionen
- Politische Kontrolle gegen Machtmissbrauch
- An Demokratie interessierte politische Eliten und Bevölkerung
- Ein demokratieförderndes internationales Umfeld (Nachbarstaaten)

Quelle: Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung. Opladen 2000, S. 446–460, entnommen aus: Schaller, Christian: Demokratie ist nicht gleich Demokratie, in: Dachs, Herbert/Fassmann, Heinz (Hrsg.): Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien. Wien 2002, S. 14–20, S. 15.

Definitionen: Verschiedene Modelle von Demokratie

- ▶ **Demokratie als von Konkurrenz bestimmte Auswahl von Funktionseleiten**
(keine ethischen oder normativen Ziele, Staat als Abbild der Wirtschaft (homo oeconomicus), Einschätzung des Wahlvolks als inkompetent, demgemäß kann es nur die Spezialist*innen wählen...)
- ▶ **Pluralistisch-repräsentative Demokratie**
(Vielfalt an Interessen und Lebensstilen, Ausgleich zwischen Interessensgruppen, akzeptierter Kodex an gemeinsamen Werten und Regeln nötig, Repräsentativität und Maximierung von Kontrolle,...)
- ▶ **Soziale Demokratie**
(dynamisches Demokratieverständnis, soziale Gleichheit, Demokratie als Sicherung sozialen Ausgleichs durch (wohlfahrts-)staatliche Interventionen, 3 gleichberechtigte Säulen: Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, diese begrenzen sich gegenseitig,...)
- ▶ **Partizipatorische Demokratie**
(Mitbestimmung für möglichst viele, Beteiligung als ethisch-normatives Ziel (Demokratie als „Lebensform“), erzieherische Funktion der Demokratie, Bürgerbeteiligung als Gegengewicht gegen Auswirkungen der Globalisierung, herrschaftsfreier Diskurs als Idealform und Vorbedingung für Entscheidungen durch Einsicht,...)

Soziokratie: Orientierung am Modell der „Partizipatorischen Demokratie“

Die „Partizipatorische Demokratie“, als ein Modell von Demokratie, vertritt ein expansionistisch ausgeweitetes und breites Politikkonzept (d.h., Demokratie kann und soll demnach z.B. in den Familien, in Erziehung und Schule, in den Medien und in der Kunst, in Krankenhäusern, in der Wirtschaft usw. wirken), in dem möglichst viele in die Meinungsbildungs und Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollten.

„Beteiligung“ wird nicht nur als eine Methode oder eine Staatsform verstanden, sondern als ein Wert an sich (ein ethisch-normatives Ziel - Stichwort: „Demokratie als Lebensform“).

Ein derartiges Demokratieverständnis kann und soll auch die offenkundigen Demokratiedefizite der supranationalen Institutionen durch erweiterte Diskurs- und Partizipationsmöglichkeiten auf nationaler und regionaler Ebene ausgleichen oder zumindest lindern (Stichwort „Globalisierung“).

Besonderes Schwergewicht liegt auf Qualität und Regeln des öffentlichen Diskurses.

Dieser soll offen, herrschaftsfrei und fern aller Zwänge ablaufen, sodass die Entscheidungen zuletzt idealerweise nicht durch Befehle oder Mehrheitsvoten, sondern wesentlich durch Einsicht begründet sein können. (vgl. Habermas 1992)

Diese Theoriefamilie betont also „den Eigenwert politischer Beteiligung, [...] die erzieherische Funktion der Demokratie [...], ferner die öffentliche Willensbildung und zugleich die Staatsbürgerbildung.“ (siehe Schmidt 2000, S.251f.)

Einige Einwände gegen das Modell der „Partizipatorischen Demokratie“

Die „Partizipatorische Demokratie“ basiere zu sehr auf idealistischen und normativen (d.h. am Sollen orientierten) Annahmen. Sie sei empirisch zu wenig abgesichert und in der realen Wirklichkeit kaum umzusetzen, was eine implizite Kritik der bestehenden Verhältnisse ergibt.

(Hier sind die mittlerweile langjährigen und gut dokumentierten Erfahrungen von soziokratisch verfassten Organisationen entgegenzuhalten. Inwieweit sich diese Erfahrungen auch auf politische Kontexte übertragen lassen, ist zur Zeit noch fraglich.)

Übermäßig intensive und breite Beteiligung könnte zu einem Überhandnehmen von Ansprüchen und zur Destabilisierung und Überforderung des politischen Systems führen.

Die überstarke Betonung des Prozesses der maximalen Beteiligung belaste die notwendige Effizienz des Entscheidens und Regierens und verharmlose die Sprengkraft von auftretenden Zielkonflikten.

(Hier ergibt sich ein Widerspruch entlang eines der beiden wichtigsten Strukturmerkmale des aktuell vorherrschenden Wirtschafts- bzw. Gesellschaftssystems: Beschleunigungsanforderung (und Wachstumserfordernis). Bei der unkritischen Anwendung von Effizienzanforderungen an politische Systeme wird übersehen, dass demokratisch verfasste Staaten auf die Herbeiführung eines Konsenses in oft langwierigen Abstimmungs- und Verhandlungsprozessen angewiesen sind. Insofern ist eine allein an der Geschwindigkeit und Effizienz orientierte Kritik an politischen Abläufen und die daran nicht selten anknüpfenden Rufe nach schnellen Expert*innenrunden zutiefst undemokratisch.)

Am Gemeinwohl orientierte Kooperation dürfte bei den Bürger*innen die Ausnahme darstellen und das Streben nach Maximierung des Eigennutzes die Regel.

(Beachte die Bedeutung des impliziten Menschenbildes und die Auswirkungen gesellschaftsweiter „Tiefenindoktrination“ - Stichworte: „simulative Demokratie“ und „Postpolitik“ - siehe unten)

Zudem würde die für dieses Modell entscheidende Notwendigkeit, sich jeweils umfassend über Alternativen zu informieren, nur schwer durchgängig erfüllbar bzw. wegen mangelnder Zeitsouveränität, fehlendem Interesse oder intellektueller Überforderung unmöglich zu erfüllen sein.

(Damit sind weitere Kritikpunkte an bedeutsamen gesellschaftlichen Teilsystemen implizit angesprochen: die individuellen Auswirkungen eines entgrenzten, neoliberal verfassten Wirtschaftssystem und eines an „geheimen Lehrplänen“ (I. Illich, 1997) orientierten Bildungssystems.

Außerdem werden durch diese Kritik - unzulässig - die Einzelpersonen in ihren Kompetenzen adressiert und nicht das Kollektiv mit seinen potentiellen Kompetenzen als Entscheidungsraum.)

Siehe dazu ein resümierendes Urteil von Manfred G. Schmidt:

„Die Theoretiker der partizipatorischen Demokratietheorie haben dem Bürger und dem Demos insgesamt durchaus Anspruchsvolles zu bieten. Allerdings verlangen sie von beiden nicht gerade wenig. Die Anforderungen sind sogar so hochgesteckt, dass viele Bürger – vor allem die weniger gut ausgebildeten und die weniger eloquenten – sie womöglich nie erreichen.“ (Schmidt, 2000, S.265)

Definitionen: Was ist „Politik“?

„Politik hat im heutigen Sprachgebrauch mit Macht und Herrschaft zu tun:

Mit dem Maß, in dem Menschen Macht und Kontrolle über andere und/oder sich selbst anstreben, zu erlangen versuchen, besitzen, teilen oder auf diese Verzicht leisten.

Politik hat mit den wissentlichen oder unwissentlichen Manövern, Strategien und Taktiken zu tun, durch die diese Macht und Herrschaft über das eigene Leben und das anderer Menschen angestrebt und errungen - oder geteilt bzw. aufgegeben wird.

Politik hat mit der Lokalisierung der Entscheidungsgewalt zu tun: Mit der Frage, wer die Entscheidungen trifft, die bewusst oder unbewusst die Gedanken, Gefühle und das Verhalten anderer oder der eigenen Person regulieren oder kontrollieren.

Politik hat schließlich mit den Auswirkungen dieser Entscheidungen und dieser Strategien zu tun, ob diese nun von einem Individuum oder einer Gruppe ausgehen, ob sie darauf abzielen, die Herrschaft über den Betreffenden selbst, über andere oder über die verschiedenen Systeme der Gesellschaft und ihre Einrichtungen zu erlangen bzw. aufzugeben.

Kurz, Politik ist der Prozess des Erwerbs, Gebrauchs, der Aufteilung oder des Verzichts auf Macht, Herrschaft und Entscheidungsbefugnis.

Sie ist der Prozess höchst komplexer Interaktionen und Wechselwirkungen dieser Elemente, die in den Beziehungen zwischen einzelnen, zwischen einem Individuum und einer Gruppe oder zwischen Gruppen existieren.“

(Carl R. Rogers (1977), On Personal Power, S.4)

Politik bezeichnet die Regelung der Angelegenheiten eines Gemeinwesens durch verbindliche Entscheidungen.

Sehr allgemein kann jegliche Einflussnahme, Gestaltung und Durchsetzung von Forderungen und Zielen in privaten oder öffentlichen Bereichen als Politik bezeichnet werden.

Zumeist bezieht sich der Begriff nicht auf das Private, sondern auf die Öffentlichkeit und das Gemeinwesen im Ganzen. Dann können das öffentliche Leben der Bürger, Handlungen und Bestrebungen zur Führung des Gemeinwesens nach innen und außen sowie Willensbildung und Entscheidungsfindung über Angelegenheiten des Gemeinwesens als Politik beschrieben werden.

Im engeren Sinne bezeichnet Politik die Strukturen (Polity), Prozesse (Politics) und Inhalte (Policy) zur Steuerung politischer Einheiten, zumeist Staaten, nach innen und ihrer Beziehungen zueinander.

In der Politikwissenschaft hat sich allgemein die Überzeugung durchgesetzt, dass Politik „die Gesamtheit aller Interaktionen definiert, die auf die autoritative (durch eine anerkannte Gewalt allgemein verbindliche) Verteilung von Werten (materiellen wie Geld oder nicht-materiellen wie Demokratie) abzielen“.

Politisches Handeln kann durch folgenden Merksatz charakterisiert werden:

„Soziales Handeln, das auf Entscheidungen und Steuerungsmechanismen ausgerichtet ist, die allgemein verbindlich sind und das Zusammenleben von Menschen regeln“.

(Wikipedia, Zugriff am 16.6.2019)

„Politik ist der Komplex sozialer Prozesse, die speziell dazu dienen, das Akzept administrativer (Sach-) Entscheidungen zu gewährleisten. Politik soll verantworten, legitimieren und die erforderliche Machtbasis für die Durchsetzung der sachlichen Verwaltungsentscheidungen liefern.“

(Niklas Luhmann)

„Politik (ist) der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringende Kampf der Klassen und ihrer Parteien, der Staaten und der Weltsysteme um die Verwirklichung ihrer sozialökonomisch bedingten Interessen und Ziele.“

(Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie 1969: S. 340)

„Politik ist die Gesamtheit aller Aktivitäten zur Vorbereitung und Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugute kommender Entscheidungen.“

(Thomas Meyer)

Prinzipien für eine verantwortungsvolle Meinungsbildung im Kontext eines demokratisch verfassten Widerstreits

(nach Marie-Luisa Frick)¹

Zwei Fragen, die in diesem Zusammenhang besonders bedeutsam sind:

1. Wie soll ich meine Meinung bilden?
2. Wie soll ich meine Meinung vertreten?

ad 1. Wie soll ich meine Meinung bilden?

Prinzip des Meinungsfallibilismus:

Meinungen sollen so gebildet werden, dass sie auch wieder revidiert werden können!

Erläuterung:

Wer meint, selbst außerhalb der Möglichkeit von Irrtum zu stehen, wird wohl kaum Notwendigkeit darin sehen, sich mit anderen auszutauschen; vielmehr wird er die gleiche Souveränität der anderen missachten. Hilfreiche Haltung: „Es könnte aber auch ganz anders sein!“

Relevante Aspekte:

Individuelethische Komponente: Unter welchen Bedingungen bzw. mit welchem Informations-zuwachs würde ich meine Position ändern?

Sozialethische Komponente: Auch andere sind fehlbar, so kann man niemanden - auch keiner „Meinungsautorität“ blindes Vertrauen schenken. Eine relevante Frage (gerade im Zusammenhang mit der aktuellen „Wahrheitskrise“ / „postfaktisches Zeitalter“ / „Selbstbestätigungsmilieus“): Unter welchen Bedingungen bilden Experten Meinungen? (Stichwort: „Konstruktiver Journalismus“)

Prinzip der Meinungsautonomie:

Meinungen sollten weitgehend selbstständig gebildet und nicht bloß übernommen werden!

Erläuterung:

Davon ausgehend, dass wir in keinem sozialen Vakuum leben und also bereits von Kindheit an die Einstellungen der uns umgebenden Personen übernehmen, wird die Forderung von Immanuel Kant, „sich des eigenen Verstandes zu bedienen“, besonders bedeutsam.

Relevante Aspekte:

Individuelethische Komponente: Es gilt Formen der Trägheit zu widerstehen, die es erschweren sich des eigenen Verstandes zu bedienen und zunehmende Zivilcourage zu entwickeln (Stichworte: Entlastung durch Autoritäten, Verzicht auf Kenntnisnahme alternativer Informationsquellen, sich dem herrschenden Meinungsdruck beugen, Furcht vor Exklusion,...).

Sozialethische Komponente: Entwicklung von Sensibilität für Strukturen, die eine Gängelung oder Manipulation von Meinungen zur Folge haben können und Mitwirkung an ihrer Überwindung und Sensibilität für manipulative Sprachverwendung und tendenziöse Begrifflichkeiten („Flüchtlingswelle“, „Freihandel“, „Steuerparadies“, „Leistungsträger“, „Rettungsschirm“, „systemrelevant“, „Ausreisezentrum“, „Marktgesetze“, ...als Beispiele für die Notwendigkeit einen kritischen Verstand zu entwickeln). Von zentraler Bedeutung für das Verständnis politischer Sprache ist dabei, nie zu übersehen, dass sie keine Fach- sondern eine „Zwecksprache“ ist!

¹ Zur Vertiefung empfohlen: Frick, M.-L. (2017): Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft. Ditzingen (Reclam) 2017

Prinzip des Meinungspluralismus:

Meinungen sollten auf Grundlage der Kenntnis möglichst aller anderen Positionen gebildet werden!

Erläuterung:

Erst im Vergleich bzw. Kontrast mit anderen Standpunkten kann der eigene wirklich bewusst und differenziert vertreten werden. (Ideal des „Marktplatzes der Ideen“, beachte dabei die Möglichkeit der philosophischen „Kontrastoperation“ (Wallner) im Kontext der Wissenschaft.)

Relevante Aspekte:

Individuelethische Komponente: Bereitschaft den anderen möglichst unvoreingenommen zuzuhören, auch dann(!), wenn ich die Argumente nicht teile oder sogar anstößig empfinde („Gegnerschafts-Argumentationsprinzip“ nach E. Neva od. „audiatur et altera pars“).

Dabei ergeben sich typische Schwierigkeiten: „Wer uns mit seiner Botschaft erreichen will, muss zugleich durch alle Annahmen und Bilder hindurchdringen, die wir bisher bereits über ein bestimmtes Thema in uns angesammelt haben und die häufig jede weitere Information sortieren entlang dessen, was ich fest über den [...] Gegner und seine Ansichten zu wissen glaube. Diese Vorannahmen führen häufig zu etwas, was Psychologen ‚motivated reasoning‘ nennen, also zu dem Unvermögen, das, was man vernimmt, aufzunehmen, ohne es sofort gegen den anderen verwenden zu wollen bzw. in anderer Richtung auch Fehler bei sich selbst zu erkennen.“

Um zu verhindern, dass vorgefasste Meinungen die Wahrnehmung des anderen gleichsam verdunkeln, hilft manchmal nur die bewusste Zurücknahme unserer Vor-Urteile, indem wir uns dazu zwingen, den Anderen so zu hören, als hörten wir ihn oder sie zum ersten Mal.“²

Sozialethische Komponente: Es gilt sich dafür einzusetzen, dass grundsätzlich die freie Rede und die Verbreitung unterschiedlicher Positionen möglich ist. Dabei ist grundlegend zu beachten, dass ein Unterschied besteht, ob ich die Ansicht eines anderen - auch leidenschaftlich und beherzt - bestreite und sie argumentativ herausfordere, oder aber als indiskutabel ausweise.

ad 2. Wie soll ich meine Meinung verantwortungsvoll vertreten?

Marie-Luisa Frick vertritt die Ansicht, dass man aus dem demokratischen Prinzipien und den Menschenrechten eine normative Orientierung gewinnen kann, auf welche Weise man seine eigene Meinung (im politischen Feld) vertreten soll.

Demokratisches Prinzip:

Meinungen sollen so vertreten werden, dass sie die gleiche Souveränität möglichst aller achten!

Erläuterung:

Sich zur souveränen Gleichheit aller Mitglieder eines politischen Gemeinwesens zu bekennen, geht mit der Anerkennung einher, dass sie alle grundsätzlich dasselbe Recht haben, an jenen Diskussionen mitzuwirken, in welchen die öffentliche Meinung geformt wird. Weil die Demokratie „den politischen Willen jedermanns gleich einschätzt, muss sie auch jeden politischen Glauben, jede politische Meinung [...] gleichermaßen achten.“³

Relevante Aspekte:

Individuelethische Komponente: Es sollte der Grundsatz gelten, dass durch die Äußerung der eigenen (politischen) Meinung die gleiche Souveränität der anderen „Mit-Souveräne“ nicht beschädigt wird; und man sollte im Zweifel auf solche Äußerungen verzichten, von denen man ausgehen muss, sie könnten andere so verletzen, dass sie den Diskurs verlassen (ein anschauliches Beispiel für die hilfreiche Unterscheidung zwischen „Moral“ und „Ethik“).

Sozialethische Komponente: Es sollte der Grundsatz gelten, dass man sich für (gesetzliche) Regelungen einsetzt, die das demokratische Prinzip sicherstellen.

² Siehe Frick (2017), S.55f

³ Siehe Kelsen, H. (2006): Vom Wesen und Wert der Demokratie. In Jestaedt/Lepsius (2006), S.31

Menschenrechtliches Prinzip:

Meinungen sollen so vertreten werden, dass sie das geteilte Menschsein aller achten!

Erläuterung:

„Nicht alle (politischen) Konflikte finden zwischen Mitgliedern desselben demokratischen Gemeinwesens statt. Welche Standards gelten aber dann? [...] Wir können hier [...] das menschenrechtliche Prinzip einbeziehen, das uns im Vertreten unserer (politischen) Meinungen gegenüber allen Menschen leiten kann, und zwar unabhängig davon, ob es Mit-Souveräne oder Fremde sind.“

Relevante Aspekte:

„Allen Mitgliedern der menschlichen Spezies wird das Recht auf Menschenrechte zugestanden. Wer ein solches Recht auf Rechte hat - man kann auch sagen: wer menschliche Würde hat - , hat vereinfacht gesagt den Anspruch, als Person (und nicht als Tier oder Gegenstand) behandelt und willkürlich diskriminiert zu werden.“⁴

Damit verbieten sich entmenschlichende Meinungsäußerungen, wie insbesondere, dass man andere vernichten oder ausrotten sollte, dass andere keinerlei Rücksichten verdienen, dass sie nie hätten geboren werden sollen, dass sie Tiere oder „Ungeziefer“ sind oder weniger Wert als Tiere hätten.

„Die gleiche Souveränität aller Mitglieder eines politischen Gemeinwesens zu beachten, bedeutet anzuerkennen, dass auch andere Mitglieder des Gemeinwesens legitime Interessen haben können und dass diese Frage der Legitimität nicht davon abhängt, wie ähnlich diese Interessen den eigenen sind.

Es bedeutet ferner zu akzeptieren, dass diese unterschiedlichen Interessen zu politischen Konflikten führen, deren äußere Erscheinungsform wir zwar beeinflussen, deren Gründe wir aber nur selten beseitigen können.“ (Frick 2017).

⁴ Siehe Frick (2017), S.72f